



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber,
Matthias Fischbach u.a. und Fraktion (FDP)**
Drs. 18/1858

Bauen ist der beste Mieterschutz - ein 7-Punkte-Sofortmaßnahmenpaket

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Landtag spricht sich gegen aktuell diskutierte Forderungen nach staatlichen festgesetzten Mieten aus und fordert die Staatsregierung auf, den eingeschlagenen wohnungspolitischen Kurs konsequent fortzusetzen, um den angespannten Wohnungsmarkt durch effizienteres, schnelleres und günstigeres Bauen gerade in Ballungsräumen zu entspannen:

1. Mehr Angebot statt Mieten-Stopp: Wir lehnen die zentralen Forderungen des Volksbegehrens „Uns glangt's! Mieten-Stopp in Bayern!“ wie beispielsweise das Einfrieren von Bestandsmieten über einen Zeitraum von fünf Jahren ab, da sich dadurch private Investoren aus dem Wohnungsbau zurückziehen würden.
2. Direkte Unterstützung: Die Staatsregierung soll die bewährte Förderung der Eigentumsbildung mit der staatlichen Wohnraumförderung fortsetzen. Durch diese direkte Förderung werden Familien bestmöglich unterstützt. Die staatliche Förderung der Schaffung von Mietwohnraum soll in bewährter Weise fortgeführt werden, denn auch hiervon profitieren insbesondere Familien.
3. Baukosten reduzieren und Hürden beseitigen: Die Bayerische Bauordnung (BayBO) muss bezüglich ihrer Standards und Regularien überprüft und angepasst werden, um die Baukosten zu reduzieren. Die Garagen- und Stellplatzverordnung, die Entsorgung für mineralische Bauabfälle und energetische Anforderungen zählen zu erheblichen Kostentreibern.
4. Einfacheres und schnelleres Baurecht: Viele Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Daher gilt es, Baugenehmigungsverfahren zu digitalisieren und durch die Einführung verbindlicher Fristen zu beschleunigen.
5. Selbstgenutztes Wohneigentum fördern und schützen: Gerade im Alter nehmen die Kosten für Wohnen anteilig an den Gesamtkosten zu. Wohnen im Eigentum stellt daher eine große Unabhängigkeit dar und gibt Sicherheit.
6. Es muss insgesamt mehr und schneller Bauland ausgewiesen werden.

7. Innenbereich moderat nachverdichten: Es gilt Baulücken zu schließen und darauf hinzuwirken, die Grundflächenzahl in Ballungsräumen zu erhöhen sowie eine höhere Geschosszahl zuzulassen.“

Berichterstatter: **Sebastian Körber**

Mitberichterstatter: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 8. Sitzung am 21. Mai 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Zustimmungin der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 29. Sitzung am 27. Juni 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: Zustimmungder Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Sebastian Körber
Vorsitzender